

CH_VB 86.923 vom 1. Oktober 1987

Bundesverwaltung, 1987-10-01, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_86.923

FR: CH_VB 86.923 du 1 octobre 1987

IT: CH_VB 86.923 del 1 ottobre 1987

Volltext

Postulat Leuenberger Moritz 110 N 4 mars 1987 Art. 35 al. 2 Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral Angenommen - Adopté Ziff. II Antrag der Kommission Abs. 1 Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates Abs. 2 Er tritt am 1. Oktober 1987 in Kraft. Ch. II Proposition de la commission Al. 1 Adhérer au projet du Conseil fédéral Al. 2 II entre en vigueur le 1er octobre 1987. Präsident: Der Bundesrat stimmt diesem Antrag zu. Ein anderslautender Antrag ist nicht gestellt. Angenommen - Adopté Gesamtabstimmung - Vote sur l'ensemble Für Annahme des Beschlussentwurfes 121 Stimmen (Einstimmigkeit) An den Ständerat - Au Conseil des Etats #ST# 85.103 Postulat Magnin Mieterschutz Protection des locataires Wortlaut des Postulates vom 20. Dezember 1985 Da der Wohnungsmarkt weiterhin angespannt bleibt, wird der Bundesrat eingeladen, die Kriterien für die Anwendbarkeit des Bundesbeschlusses vom 30. Juni 1972 über die Massnahmen gegen Missbräuche auf dem Wohnungsmarkt nicht noch stärker einzugrenzen. Insbesondere sollte er darauf verzichten, die dafür massgebliche Leerwohnungs- ziffer auf 0,5 Prozent herabzusetzen. Texte du postulat du 20 décembre 1985 Vu la situation tendue qui perdure dans le domaine du logement, le Conseil fédéral est invité à ne pas modifier d'une manière restrictive - notamment en fixant à 0,5 pour cent le taux de vacance déterminant - les critères définissant le champ d'application de l'arrêté fédéral instituant des mesures contre les abus dans le secteur locatif du 30 juin 1972. Mitunterzeichner - Cosignataires: Borei, Carobbio, Christinat, Clivaz, Fetz, Friedli, Gloor, Gurtner, Herczog, Jaggi, Leuenberger Moritz, Longet, Meizoz, Nauer, Rebeaud, Ruffy, Vannay (17) Schriftliche Begründung - Développement par écrit L'auteur renonce au développement et demande une réponse écrite. Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 26. Februar 1986 Déclaration écrite du Conseil fédéral du 26 février 1986 Le Conseil fédéral est prêt à accepter le postulat. Präsident: Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Herr Magnin stellt fest, dass sein Postulat gegenstandslos geworden ist. Abgeschrieben - Classé #ST# 86.923 Postulat Leuenberger Moritz Uebergangsregelung im Mietrecht Protection des locataires. Régime transitoire Wortlaut des Postulates vom 8. Oktober 1986 Der Bundesrat wird eingeladen, unmittelbar nach der Abstimmung vom 7. Dezember 1986 über den Gegenentwurf der Bundesversammlung zur Volksinitiative für Mieterschutz alle Gemeinden der Schweiz dem Bundesbeschluss über Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen in Anwendung dessen Artikel 3 zu unterstellen, und zwar bis zum Zeitpunkt, in welchem das vorgesehene Bundesgesetz über Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen in Kraft tritt. Texte du postulat du 8 octobre 1986 Le Conseil fédéral est prié, en application de l'article 3 de l'arrêté fédéral instituant des mesures contre les abus dans le secteur locatif, de soumettre toutes les communes de Suisse audit arrêté, immédiatement après le vote du 7 décembre 1986 sur le contreprojet de l'Assemblée fédérale à l'initiative pour la protection des locataires, et ce jusqu'à l'entrée en vigueur de la future loi portant sur le même objet. Mitunterzeichner - Cosignataires: Ammann-St. Gallen,

Borei; Bratschi, Braunschweig, Chopard, Christinat, Deneys, Egli-Winterthur, Euler, Fankhauser, Friedli, Gloor, Huba- cher, Jaggi, Lanz, Leuenberger-Solothurn, Mauch, Nauer, Neukomm, Ott, Pitteloud, Rechsteiner, Renschier, Robbiani, Ruffy, Stamm Walter, Stappung, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Weber-Arbon (31) Schriftliche Begründung - Développement par écrit Am 7. Dezember 1986 soll nach dem gemeinsamen Willen des Schweizerischen Mieterverbandes und des Bundesrats eine neue Verfassungsbestimmung in Kraft treten. Verfassungsgrundlage für den geltenden Bundesbeschluss über Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen (BMM) wird ab diesem Datum der neue Verfassungsartikel 34septies sein. Er verlangt im Gegensatz zu seinem Vorgän- ger eine Missbrauchsgesetzgebung in der ganzen Schweiz und nicht nur in Gebieten mit Wohnungsnot. Bis das neue, durch den Bundesrat dem Parlament vorgeschlagene Bundesgesetz über Massnahmen gegen Missbräuche im Miet- wesen (BGMM) in Kraft sein wird, dürfte es einige Zeit dauern. Um dem Volks- und Ständewillen Nachachtung zu verschaffen, empfiehlt es sich, sofort nach der Abstimmung das gesamte Gebiet der Schweiz dem BMM in Anwendung dessen Artikel 3 zu unterstellen. Damit soll insbesondere auch verhindert werden, dass in nicht unterstellten Gebieten vor der Ablösung des BMM durch das die ganze Schweiz umfassende BGMM noch Mietzinserhöhungen durchgezogen werden, die nicht angefochten werden können. Dies wäre nicht nur unbillig, sondern auch ursächlich für eine Teuerung, und es würde die Orts- und Quartierüblichkeit in den betreffenden Gebieten für lange Zeit unkontrollierbar durch Gerichte auf einem hohen Niveau stabilisiert.

4. März 1987 N 111 Parlamentarische Initiative (Jaeger) Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 1. Dezember 1986 Rapport écrit du Conseil fédéral du 1er décembre 1986 Nach Artikel 2 BMM ist dieser Beschluss auf Mietverhält- nisse in Gemeinden anwendbar, wo Wohnungsnot oder Mangel an Geschäftsräumen herrscht. Artikel 3 schreibt vor, dass der Bundesrat die Gemeinden zu bezeichnen hat, wo diese Voraussetzungen zutreffen. Diesem Auftrag ist er in der Verordnung vom 11. Dezember 1978 über die Unterstel- lung der Gemeinden unter den Bundesbeschluss über Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen, die ver- schiedentlich abgeändert wurde, nachgekommen. Wird Artikel 34septies BV in der Abstimmung vom 7. Dezem- ber 1986 von Volk oder Ständen abgelehnt, wird die heutige Regelung, wonach die Missbrauchsbestimmungen nur in den vom Bundesrat bezeichneten Gemeinden gelten, wei- terbestehen. Der Bundesrat müsste dann - wie bisher - aufgrund der Leerwohnungszählung und anderer Indikato- ren bestimmen, wo die Voraussetzungen für die Unterstel- lung erfüllt sind, und eine generelle Unterstellung aller Gemeinden käme nicht in Frage. Wird hingegen die Verfassungsrevision angenommen, so hat die gesetzgebende Behörde den BMM in dem Sinn abzuändern, dass er dem revidierten Artikel 34septies BV nicht mehr entgegensteht. Für den Bundesrat bestünde indessen keine Möglichkeit, auf dem Verordnungsweg die ganze Schweiz dem BMM zu unterstellen, denn seine Zuständigkeit würde sich nach wie vor auf Artikel 2 und 3 BMM stützen und wäre somit auf die Unterstellung von Gemeinden mit Wohnungsnot oder Mangel an Geschäfts- räumen beschränkt. Aus diesen Gründen ist das Postulat abzulehnen. Der Bun- desrat wird aber unmittelbar nach dem positiven Ausgang der Abstimmung vom 7. Dezember 1986 den eidgenössi- schen Räten eine Botschaft zur Verlängerung des BMM unterbreiten, welche auch die Aufhebung der Artikel 2 und 3 BMM vorsieht; er beabsichtigt, für die Behandlung dieser Vorlage das beschleunigte Verfahren gemäss Artikel 11 Absatz 2 des Geschäftsverkehrsgesetzes zu beantragen. Schriftliche Erklärung des Bundesrates Déclaration écrite du Conseil fédéral Der Bundesrat beantragt, das Postulat

abzulehnen. Präsident: Der Bundesrat beantragt, das Postulat abzulehnen. Damit ist die Diskussion eröffnet. Herr Leuenberger ist mit der Ablehnung einverstanden. Abgelehnt - Rejeté #ST# 86.225 Parlamentarische Initiative (Jaeger) Wettbewerbsartikel Initiative parlementaire (Jaeger) Article constitutionnel sur la concurrence Wortlaut der Initiative vom 21. März 1986 Die Bundesverfassung ist durch den folgenden Artikel 31 octies zu ergänzen: 1. Alle Vorkehren von Privaten oder des Staates, die darauf gerichtet sind, den wirksamen Wettbewerb einzuschränken und insbesondere Dritte vom Wettbewerb auszuschliessen, fernzuhalten oder sie darin zu behindern, sind unzulässig. 2. Durch Bundesgesetz können wettbewerbsbeschränkende Massnahmen zugelassen werden, sofern daran ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht. 3. Durch Bundesgesetz werden Rechtsschutz für die von Wettbewerbsbeschränkungen Betroffenen sowie zivilrechtliche, strafrechtliche und verwaltungsrechtliche Sanktionen festgelegt. Das Klage-, Strafantrags- und Beschwerderecht steht auch den Verbänden zu, sofern diesen statutengemäss die Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder obliegt. 4. Märkte für Waren, Dienstleistungen und Kredite, bei denen der wirksame Wettbewerb eingeschränkt ist, unterstehen der Preisüberwachung nach Artikel 31 septies der Bundesverfassung. Dasselbe gilt für Ausnahmen im Sinne von Absatz 2. a. Wo die Preise von einer Legislative des Bundes, der Kantone oder der Gemeinden festgesetzt oder genehmigt werden, kann die Preisüberwachung auf Empfehlungen beschränkt werden. b. Die Entscheidung und Empfehlungen der Preisüberwachungsbehörde werden veröffentlicht. 5. Dieser Artikel ist nicht anwendbar, soweit es sich ausschliesslich um das Arbeitsverhältnis handelt. Uebergangsbestimmung Bis zum Erlass der Ausführungsgesetzgebung zu Artikel 31 octies finden die zivilrechtlichen Sanktionen der Bundesgesetzgebung über den unlauteren Wettbewerb sinngemäss Anwendung. Texte de l'initiative du 21 mars 1986 La constitution fédérale est complétée par l'article 31 octies comme suit: 1. Toute démarche des particuliers ou de l'Etat qui vise à restreindre le jeu effectif de la concurrence et en particulier à en exclure ou à en écarter des tiers ou à les entraver dans l'exercice de cette concurrence, est illicite. 2. Des mesures tendant à restreindre la concurrence peuvent être autorisées par loi fédérale en tant qu'elles répondent à un intérêt public prépondérant. 3. La protection juridique des personnes touchées par des restrictions de la concurrence, ainsi que les sanctions civiles, pénales et administratives, sont réglées par loi fédérale. Le droit de porter plainte, d'intenter une action pénale, ainsi que le droit de recours, sont reconnus aux associations tenues par leurs statuts de défendre les intérêts de leurs membres. 4. Les marchés des biens, services et crédits pour lesquels la concurrence effective est restreinte sont soumis à la surveillance des prix en vertu de l'article 31 septies de la Constitution fédérale. Il en va de même pour les dérogations au sens de l'alinéa 2 ci-dessus. a. Lorsque les prix sont fixés ou approuvés par un organe législatif fédéral, cantonal ou communal, la surveillance des prix peut être limitée à des recommandations. b. Les décisions et recommandations de l'autorité de surveillance des prix sont publiées. 5. Le présent article en s'applique pas lorsqu'il s'agit exclusivement de rapports de travail. Disposition transitoire Jusqu'à l'adoption de la législation d'exécution relative à l'article 31 octies, les sanctions civiles de la législation fédérale sur la concurrence déloyale sont applicables par analogie. Herr Lüchinger unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht: Ergebnis der Vorprüfung Gemäss Artikel 21ter des Geschäftsverkehrsgesetzes führte die Kommission am 16. September 1986 die Vorprüfung der Initiative durch und hörte den Initianten an. Aufgrund dieser Anhörung und nach einer allgemeinen Aussprache kommt die Kommission mehrheitlich zum Schluss, dass es

verfrüht ist, das Kartei l recht nach der eben erst erfolgten Revision schon wieder zu überarbeiten. Die Initia- tive ist sachlich auch nicht nötig, da ein gleichlautender Antrag im Rahmen der parlamentarischen Behandlung der «Konsumentenschutz-Initiative» gestellt werden kann.

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Postulat Leuenberger Moritz Uebergangsregelung im Mietrecht Postulat Leuenberger Moritz Protection des locataires. Régime transitoire In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1987 Année Anno Band I Volume Volume Session Frühjahrssession Session Session de printemps Sessione Sessione primaverile Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 04 Séance Seduta Geschäftsnummer 86.923 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 04.03.1987 - 16:00 Date Data Seite 110-111 Page Pagina Ref. No 20 015 157 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.